

Medieninformation

## **Deutscher Managerverband: Leistung belohnen, Eigentum schützen, Vertragsfreiheit erhalten**

### **Managergehälter sind keine Spielwiese für Populismus**

Leverkusen / Berlin, 26. Januar 2010.

**Der Deutsche Managerverband kritisiert die aktuelle politische Debatte über die Begrenzung von Managergehältern. Als Begründung führt der Verband die Verletzung von Eigentumsrechten und den Eingriff in die Vertragsfreiheit an.**

„Unternehmen sind Privateigentum und keine Spielwiese populistischer Politik-Funktionäre“, erklärt Norbert Sewtz, Finanzvorstand des in Leverkusen ansässigen Deutschen Managerverbandes. Der Auftrag einer Führungskraft, insbesondere von Managern, sei nicht, Beifall aus der Öffentlichkeit einzuheimsen, sondern den Unternehmenswert zu steigern und die kaufmännisch richtigen Entscheidungen zu treffen.

„Die Eigentümer und Aktionäre von Unternehmen können selbst entscheiden, wen sie wie entlohnen und ob sie die Bezahlung ihrer Manager für angemessen halten oder nicht.“ Wer gute Leistung bringe, solle auch gut entlohnt werden. Staatlichen Dirigismus brauche ein Unternehmen für diese Beurteilung nicht. Wenn der Staat hier aktiv werden wolle, sei der einzig logische Schritt, die Rechte von Aktionären und Eigentümern zu stärken, anstatt diese zu bevormunden, so die Position des Verbandes.

Sewtz: „Staatliche Eingriffe in die Entlohnungssysteme verhindern den freien und fairen Wettbewerb um die besten Köpfe in der Wirtschaft und führen zu Nachteilen für deutsche Unternehmen.“ Wer die Grundsätze der Vertragsfreiheit und des Schutzes privaten Eigentums ernst meine, der könne eine staatliche Regulierung von Gehältern, Boni oder Abfindungen nicht ernsthaft in Betracht ziehen.

Auch der Arbeitsmarkt unterliege laut Positionspapier des Deutschen Managerverbandes den Prinzipien des Marktes und damit von Angebot und Nachfrage. Aus diesem Grunde seien weder Mindestlöhne noch eine Obergrenze für Managergehälter im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung.

Aus Sicht des Managerverbandes habe der Staat vor allem in der jetzigen Krise bewiesen, dass er sich besser aus der Wirtschaft heraushalte. „Das haben uns die Landesbanken, die KfW und die IKB gelehrt“, erklärt Sewtz. Die Aufgabe des Staates müsse allein darin bestehen, den Unternehmen ordentliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Erträge erwirtschaften können. „Dann zahlen sie auch Steuern und schaffen Arbeitsplätze“, so der Essener Diplom-Kaufmann.

### Hintergrund:

Der Deutsche Managerverband ist der Berufsverband für Manager in Konzernen, Führungskräfte im Mittelstand und Selbstständige mit Personal- und Budgetverantwortung. Er vertritt persönliche und berufliche Interessen seiner Mitglieder in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und fördert das Ansehen des neuen Managerbildes in der Öffentlichkeit. Der Deutsche Managerverband fördert und fordert die strikte Orientierung an Werten im Management und setzt sich für Wachstum, wirtschaftliche und persönliche Freiheit sowie eine leistungsfreundliche Gesellschaft ein.

### Ansprechpartner für redaktionelle Rückfragen:

Falk Al-Omary  
Tel. mobil: 0171 / 2023223  
falk.al-omary@spreeforum.com

### Kontakt zum Deutschen Managerverband:

Rainer Willmanns – Vorstandsvorsitzender

Deutscher Managerverband e.V.  
Burscheider Str. 328  
51381 Leverkusen  
Tel: 02171-340-470  
Fax: 02171-7310-79

Info@Managerverband.de  
www.Managerverband.de

### Hinweis:

Dieser Artikel kann frei und ohne weitere Vergütung abgedruckt werden. Ein Belegexemplar wird gerne entgegengenommen. Ggf. beiliegende Fotos sind lizenzfrei verwendbar.